

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020008-7

Stalin-Interview

mit einem Korrespondenten der
„Prawda“ zur

Frage der Atomwaffe

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020008-7

**„Die Sowjetunion denkt nicht daran,
jemals die USA oder irgendein
anderes Land zu überfallen“ Stalin**

Parallel mit der Verwirklichung des Washingtoner Kriegspaktes durch Ausbau Westdeutschlands zur Ausgangsbasis für einen Krieg gegen die Sowjetunion setzt gleichzeitig ein verschärftes Trommelfeuer zur Irreführung und Verwirrung der Volksmassen ein, um sie blinden Auges erneut in den Krieg hineinziehen zu können. Man hält die Volksmassen für so vergeßlich, daß man glaubt, heute wiederum mit der Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“ die Menschen hinter's Licht führen zu können.

Wenn Adenauer in seiner Rede zur Washingtoner Konferenz die „Beteiligung Deutschlands an der in Vorbereitung befindlichen europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ begrüßte, so begründete er dies mit genau denselben Argumenten, wie wir sie früher von Hitler und Goebbels hörten. Genau wie diese lügt er, daß es keine „Freiheit“ mehr gebe, daß die abendländische Kultur, daß „alles was uns heilig und was uns teuer ist“, der Vernichtung anheim fällt, wenn keine „Verteidigungsfront gegen die russische Bedrohung“ errichtet würde.

Was ist die Wahrheit?

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Sowjetunion von der Stunde ihrer Geburt an eine konsequente Politik des Friedens gegenüber allen Völkern betrieb, daß sie niemals einen Angriffskrieg gegen ein anderes Volk, sondern immer nur Verteidigungskriege gegen einen Angreifer führte.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Sowjetunion in ihrem Verhältnis zu Deutschland immer Verständigung und Freundschaft suchte.

Sie stand gegen Versailles, sie schloß den Rapallo-Vertrag mit Rathenau und Wirth im Jahre 1922, sie bekämpfte die Okkupation des Ruhrgebietes durch Poincaré 1923, sie half Deutschland in der großen Wirtschaftskrise in den Jahren 1928—29. Sie vergalt nicht Rache gegen Rache angesichts der Verbrechen Hitlers am sowjetischen Volk, so wie es Goebbels phrophezeit hatte, sondern kämpfte und kämpft für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland.

Und es ist eine geschichtliche Tatsache, — die manche Leute scheinbar vergessen haben —, daß die Sowjetunion alle Aggressoren gegen ihr Land geschlagen und die Eindringlinge von ihrem Territorium verjagt hat.

Es ist schließlich eine historische Tatsache, daß es die Kanonenkönige der westlichen Länder waren und noch sind, die in den Jahren seit der Existenz der Sowjetunion die Völker des Sowjetlandes immer wieder überfielen. Allen Aggressoren war dabei gemeinsam, daß sie zur Tarnung ihrer Ueberfälle und Interventionen das Schlagwort von der „sowjetischen Gefahr“ anwandten.

Diese Tatsachen zeigen, wer den Frieden will und wer zum Kriege rüstet.

Diese Tatsachen unterstreichen erneut das Interview des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, J.W.Stalin, das er am 5. Oktober 1951 einem Korrespondenten der „Prawda“ gab.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erlaubt sich, Ihnen hiermit den Wortlaut des neuen Stalin-Interviews zu übermitteln:

Frage:

„Was denken Sie über den Lärm, der kürzlich in der ausländischen Presse angesichts des Atombomben-Versuches in der Sowjetunion erhoben wurde?“

Antwort:

„Tatsächlich wurde bei uns ein Versuch mit einer der Arten von Atombomben durchgeführt. Versuche mit Atombomben verschiedener Kaliber werden auch weiterhin gemäß dem Plan zur Verteidigung unseres Landes gegen einen Ueberfall des anglo-amerikanischen aggressiven Block durchgeführt werden.“

Frage:

„Angesichts des Atombombenversuches schlagen verschiedene Politiker der USA Alarm und schreien von einer Bedrohung der Sicherheit der USA. Gibt es irgendeinen Grund für eine solche Beunruhigung?“

Antwort:

Zu einer solchen Beunruhigung besteht keinerlei Anlaß. Den Politikern in den USA kann es nicht unbekannt sein, daß die Sowjetunion nicht nur gegen eine Anwendung der Atomwaffe eintritt, sondern auch für deren Verbot, für die Einstellung ihrer Produktion. Bekanntlich hat die Sowjetunion wiederholt das Verbot der Atomwaffe gefordert. Doch jedesmal stieß sie auf Ablehnung seitens der Mächte des Atlantik-Blocks.

Das bedeutet, daß im Falle eines Ueberfalls der USA auf unser Land die herrschenden Kreise der USA die Atombombe anwenden werden. Eben dieser Umstand war es, der die Sowjetunion zwang, die Atomwaffe zu besitzen, um den Aggressoren wohlgerüstet zu begegnen.

Selbstverständlich wollen die Aggressoren, daß die Sowjetunion im Falle eines von ihnen gegen sie ausgeführten Ueberfalles ungerüstet ist. Doch die Sowjetunion ist damit nicht einverstanden und ist der Ansicht, daß man dem Aggressor wohlgerüstet empfangen muß.

Folglich, wenn die USA nicht die Absicht haben, die Sowjetunion zu überfallen, so muß man die Beunruhigung der USA-Politiker für gegenstandslos und unecht halten, denn die Sowjetunion denkt nicht daran, jemals die USA oder irgendein anderes Land zu überfallen.

Die Politiker der USA sind unzufrieden darüber, daß nicht nur die USA, sondern auch andere Länder und vor allen Dingen die Sowjetunion über das Geheimnis der Atomwaffe verfügen. Sie möchten, daß die USA ein Monopol der Atombombenproduktion besitzen, daß die USA die uneingeschränkte Möglichkeit haben, anderen Ländern Furcht einzuflößen, um sie zu erpressen. Doch wie kommen sie eigentlich dazu, so zu denken? Mit welchem Recht erfordern etwa die Interessen der Erhaltung des Friedens ein solches Monopol? Wäre es nicht richtig zu sagen, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält? Das gerade die Interessen des Friedens vor allen Dingen die Liquidierung eines solchen Monopols erfordern und damit das unbedingte Verbot der Atomwaffe?

Ich denke, daß die Anhänger der Atombombe dem Verbot der Atombombe nur in dem Fall zustimmen würden, wenn sie sehen, daß sie nicht mehr das Monopol besitzen.“

Frage:

„Was denken Sie über eine internationale Kontrolle auf dem Gebiet der Atomwaffe?“

Antwort:

„Die Sowjetunion setzt sich für das Verbot der Atomwaffe und für die Einstellung der Atomwaffenproduktion ein. Die Sowjetunion setzt sich für die Errichtung einer internationalen Kontrolle darüber ein, daß ein Beschluß über ein Verbot der Atomwaffe, die Einstellung der Atomwaffenproduktion und die Verwendung der bereits hergestellten Atombomben ausschließlich für zivile Zwecke mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird.

Die Sowjetunion setzt sich gerade für eine solche internationale Kontrolle ein.

Die amerikanischen Politiker sprechen auch von einer Kontrolle, doch ihre Kontrolle geht nicht von der Einstellung der Atomwaffenproduktion, sondern nur von der Fortsetzung dieser Produktion aus, dabei in einem Ausmaße, das den Rohstoffmengen entspricht, über die das eine oder andere Land verfügt. Folglich geht die amerikanische Kontrolle nicht von dem Verbot der Atomwaffe, sondern von ihrer Legalisierung und Legitimierung aus. Damit wird das Recht der Kriegsbrandstifter, mit Hilfe der Atomwaffe Zehntausende, ja Hunderttausende friedlicher Menschen zu vernichten, legalisiert.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß dies keine Kontrolle ist, sondern ein Hohn auf eine Kontrolle, ein Betrug an dem Friedenssehnen der Völker. Es ist begreiflich, daß eine solche Kontrolle die friedliebenden Völker nicht befriedigen kann, die das Verbot der Atomwaffe und die Einstellung ihrer Produktion fordern.“

Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020008-7

Urteilen Sie selbst



Liebe Freunde!

Wenn wir Ihnen jetzt die Frage stellen, sind Sie für den Frieden, dann werden Sie sicherlich antworten: „So eine Frage — das ist doch ganz selbstverständlich; ich will den Frieden, weil ich in Frieden leben will!“

Wir wissen, daß alle ehrlichen und einfachen Menschen auf der ganzen Welt den Frieden wollen, auch die Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Aber es gibt einige, wenige, mit Verlaub zu sagen — Menschen — die eine ausgeprägte Leidenschaft für Kriege haben.

Was sind das für Menschen?

Wir wollen versuchen, Ihnen ein Bild von diesen Menschen zu geben. Haben Sie ein Bergwerk? Haben Sie ein Stahlwerk? Oder haben Sie etwa eine große Fabrik für die Herstellung von Flugzeugen oder Panzerwagen?

Sicherlich werden Sie jetzt wieder sagen — was soll eine solche Frage!

Ja diese Frage ist eben wichtig, um festzustellen — wer hat ein Interesse, am Kriege.

Sehen Sie, diese Leute — man nennt sie Großkapitalisten oder Bankiers — sind die Besitzer eben solch großer Fabriken und Werke — die wir eben nannten.

Die Herstellung eines Flugzeuges ist teurer als die Herstellung eines Suppentopfes — folglich wird auch mehr an der Herstellung eines Flugzeuges profitiert.

Und vor allen Dingen: die Einnahmen für eine solche Produktion sind absolut sicher, da die Regierung gegen den Willen des Volkes diese Aufträge erteilt — und die Regierung diese Riesensummen bezahlt mit Hilfe der von uns täglich erhobenen und sich ständig steigenden Steuern.

Oder was glauben Sie — woher die Regierung das Geld sonst hat?

Auch die Produktion solcher Mordinstrumente muß ja einmal die Lager füllen — dann wird es zu einem Produktionsstopp kommen. Damit es aber nicht dazu kommt — und die Herren Besitzer dieser großen Werke weiter ihre Riesengewinne machen können — muß diese Produktion abgesetzt werden.

Sie sind sicherlich mit uns einer Meinung, daß sich kein friedliebender Bürger etwa einen Panzerwagen zur Verschönerung in den Blumengarten stellen wird — daß auch keiner etwa ein Maschinengewehr auf die Kredenz stellen wird.

Aber irgendwohin müssen doch diese Instrumente.

Ganz richtig — sie sollen verwandt werden, um Menschen umzubringen, um Felder zu verwüsten, um Häuser und Kulturdenkmäler in Schutt und Asche zu legen.

Sie sind Instrumente eines neuen, verheerenden Krieges.

Deshalb sagen wir mit Recht — und das wird auch Ihre Meinung sein, — daß dort, wo aufgerüstet wird, notwendigerweise der Krieg vorbereitet wird.

Die gewaltige Aufrüstung und Wiederaufrüstung auch in unserer Heimat sollte uns deshalb zu größter Wachsamkeit veranlassen und uns die Notwendigkeit auferlegen, doch einmal ernsthaft nachzudenken und zu prüfen, wer ist also an einem Krieg und damit an der Vernichtung unserer Heimat interessiert, an der Erhaltung des Friedens und damit an einem neuen, glücklichen und friedlichen Leben für uns und alle Menschen interessiert?

Es gibt genügend Politiker im Westen, die behaupten, das ins Unermeßliche

gestiegene Wettrüsten sei angeblich notwendig durch die Politik der Sowjetunion.

Ganz abgesehen davon, daß gerade wir Deutschen schon einmal mit dieser verlogenen Behauptung in den 2. Weltkrieg und damit in ungeheures Elend und große Not gestürzt wurden, ist diese Behauptung heute ebenso verlogen und ebenso gefährlich für die Völker, die ja letzten Endes die Leidtragenden sein werden.

Die Behauptung, die Sowjetunion bedrohe den Frieden, sie stelle eine Gefahr für die abendländische Kultur dar, wird in dem Maße stärker, wie die Kriegstreiber an der Entfesselung eines neuen Krieges immer stärker interessiert sind.

Dieser unbeugsame Wille hat die Völker aller Länder ergriffen — auch das amerikanische Volk.

Welche Auswirkungen das Streben der einfachen Menschen nach Frieden hat und wie sauer die Kriegstreiber darauf reagieren, geht aus einer Feststellung hervor, die der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Georges Marshall im Juli dieses Jahres in Washington machte.

Diese Feststellungen — Auszüge aus einer Rede — vermittelte uns die britische Zeitung „Die Welt“ vom 28. Juli 1951.

Lassen wir „Die Welt“ sprechen:

„Marshall erklärte weiter, zu seiner Bestürzung hätten die Waffenstillstandsbesprechungen in Korea zu einem beängstigenden Nachlassen der amerikanischen Verteidigungsbemühungen geführt. Ueber das, was sich in den letzten Tagen ereignet hat, bin ich mehr erschüttert, als über irgendetwas, seit ich hier in Washington bin. Die Erklärung eines einzigen sowjetischen Vertreters — Malik — hat ernste Auswirkungen auf unser Verteidigungsprogramm hervorgerufen. Für mich ist es unglaublich, daß das amerikanische Volk in dieser Form auf diese eine sowjetische Erklärung reagiert hat.“

Ueberlegen Sie einmal!

Worüber ist Herr Marshall bestürzt? Doch in einfachen Worten gesagt: darüber, daß die Waffenstillstandsbesprechungen zu einer schlechten Aussicht für die amerikanische Rüstungsindustrie führten. Und stellen Sie sich vor — die Erklärung eines einzigen (!) sowjetischen Vertreters — Malik — (der sofort, als er turnusgemäß den Vorsitz der Vereinten Nationen übernahm, den Vorschlag über die Wiederherstellung des Friedens in Korea machte) hat solch ernste Auswirkungen auf die Rüstungsprofite der USA.-Kriegstreiber zur Folge. Das ist ja auch „schrecklich“. Und die Tatsache, daß es für Herrn Marshall unglaublich ist, daß das amerikanische Volk so auf den Vorschlag Maliks reagierte, zeigt nur, daß auch die Friedensliebe im amerikanischen Volk von Tag zu Tag wächst.

Für uns ist diese Reaktion des amerikanischen Volkes durchaus verständlich, denn der Korea-Krieg hat schon vielen amerikanischen Frauen und Müttern ihre Männer und Söhne geraubt.

Auch das amerikanische Volk macht sich mehr und mehr Gedanken darüber, warum eigentlich ihre Söhne und Männer 7000 Meilen von den USA entfernt sterben müssen.

Die einfachen Menschen der USA wollen den Frieden. Das ist für die Herren, die am Kriege verdienen, das Schrecklichste, was es geben kann.

So wie in den USA wächst in allen Ländern der Welt der Friedenswille der Menschen.

Diesen Friedenswillen können selbst die regierenden Häupter der kapitalistischen Länder nicht mehr übersehen. Er ist zu einem gewaltigen Hemmnis für ihre Kriegspolitik geworden.

Aus diesem Grunde sahen sich einige dieser Vertreter veranlaßt, sich an die Regierung der UdSSR. zu wenden (wenn auch nicht gerade mit Begeisterung) um dem Wunsche ihrer Völker nachzukommen, die eine Verständigung einem völkervernichtenden Kriege vorzuziehen.

So entstand das Interview, welches der britische Außenminister Herr Herbert Morrison der sowjetischen Zeitung „Prawda“ (Die Wahrheit) gab.

In dem Interview versuchte Herr Morrison mit einigen Behauptungen, wofür er die Beweise schuldig blieb, die Sowjetregierung zu verunglimpfen, und sie zu beleidigen.

Die „Prawda“ antwortete Herrn Morrison auf seinen Artikel, der im vollen Wortlaut abgedruckt wurde.

Da diese Antwort von den westlichen Zeitungen wohlweislich verschwiegen wird, wollen wir Ihnen nachstehend den Wortlaut dieser Antwort übermitteln:

Die Antwort der Prawda

Antwort an Mr. Morrison

Erwiderung auf die im vollen Wortlaut in der „Prawda“ veröffentlichte Erklärung des britischen Außenministers.

Lieber Leser! Immer wieder behauptet gerade die englische Presse, die sowjetischen Leser würden von ihrer Presse nicht den Tatsachen entsprechend unterrichtet. Deshalb äußerte der britische Außenminister Herbert Morrison im Juni 1951 den Wunsch, die sowjetische Zeitung „Prawda“ möge ihm ihre Spalten zur Veröffentlichung einer Erklärung zur Verfügung stellen. Am 28. Juni erklärte sich die „Prawda“ in einem Leitartikel bereit, die Ausführungen Morrisons an hervorragender Stelle zu veröffentlichen unter der Bedingung, daß ihre Antwort auf diese Erklärung an ebenso gut sichtbarer Stelle in der englischen Presse wiedergegeben würde. Am 1. August 1951 veröffentlichte die „Prawda“ die Erklärung Morrisons in vollem Wortlaut und ihre Antwort darauf. In dem von den angloamerikanischen Interventen beherrschten Teil Deutschlands berichtete die Presse über die Erklärung Morrisons breit, verschwieg aber — wie nicht anders zu erwarten war — die Antwort der „Prawda“. Wir meinen jedoch, daß Sie ein Interesse daran haben werden die Antwort der bedeutendsten Zeitung der Sowjetunion auf die Erklärung Morrisons zu erfahren.

Was Morrison behauptete

Morrison bringt in seiner Erklärung Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß die Äußerungen von Vertretern der britischen Regierung angeblich in der Sowjetunion nicht genau wiedergegeben werden. Er behauptet, daß die Tatsachen, die die Außen- und Innenpolitik der Westmächte betreffen, dem Sowjetvolk vorenthalten würden. Morrison behauptet, daß der aggressive Nordatlantikvertrag angeblich Verteidigungsziele verfolgt. Er stellt sogar die Behauptung auf, Großbritannien habe nach dem Kriege abgerüstet und seine Streitkräfte nach Hause geschickt. Unter Wiederholung der üblichen Argumente der amerikanisch-englischen Propaganda sucht Morrison auch das in den USA. und in den Ländern Westeuropas betriebene Wettrüsten durch Hinweise darauf zu rechtfertigen, daß dieses Wettrüsten angeblich durch die Politik der Sowjetunion hervorgerufen wurde.

Die Antwort der „Prawda“

Herr Morrison behauptet, daß es in der Sowjetunion keine Freiheit der Rede, der Presse und der Person gebe. Herr Morrison täuscht sich sehr. In keinem Lande gibt es eine derartige Freiheit der Rede, der Presse und der Person und eine solche Freiheit der Organisation für die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz, wie in der Sowjetunion. Nirgends gibt es soviel Arbeiter- und Bauernklubs, soviel Arbeiter- und Bauernzeitungen wie in der Sowjetunion. Nirgends hat die Organisiertheit der Arbeiterklasse eine so hohe Stufe erreicht wie in der Sowjetunion. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die ganze Arbeiterklasse, buchstäblich alle Arbeiter der UdSSR, in den Gewerkschaften organisiert ist, ebenso wie alle Bauern in den Genossenschaften organisiert sind.

Was Morrison nicht wissen will

Weiß das Herr Morrison? Offensichtlich weiß er es nicht. Mehr noch, er will es offenbar nicht wissen — er zieht es vor, Material aus den Haßtiraden zu schöpfen, die von den Repräsentanten der gemäß dem Willen des Sowjetvolkes aus der UdSSR davongejagten russischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer angestimmt werden. Für Feinde des Volkes, für die durch die Revolution gestürzten Großgrundbesitzer und Kapitalisten gibt es in der Sowjetunion keine Freiheit der Rede, der Presse und der Organisation. Ebenso gibt es keine Freiheit für unverbesserliche Diebe, für die vom ausländischen Spionagedienst entsandten Diversanten, Terroristen und Mörder, für jene Verbrecher, die auf Lenin schossen, die Wolodarski, Urizki und Kirow ermordeten, die Maxim Gorki und Kuibyschew vergifteten. Alle diese Verbrecher, angefangen von den Großgrundbesitzern und Kapitalisten bis zu den Terroristen, Dieben, Mördern und Umstürzern, trachten danach, in der UdSSR den Kapitalismus wiederaufzurichten, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wiederherzustellen und das Land mit dem Blut der Arbeiter und Bauern zu tränken. Die Gefängnisse und Arbeitslager bestehen für diese Herrschaften, und nur für sie!

Erstrebt Herr Morrison etwa für diese Herrschaften die Freiheit der Rede, der Presse und der Person? Meint Herr Morrison etwa, daß die Völker der UdSSR sich damit abfinden würden, diesen Herrschaften die Freiheit der Rede, der Presse und der Person und folglich auch die Freiheit zur Ausbeutung der Werktätigen zu geben?

Herr Morrison schweigt sich aus über die anderen Freiheiten, die viel tiefere Bedeutung besitzen als die Freiheit der Rede, der Presse und so weiter. Er sagt nichts über die Freiheit des Volkes von Ausbeutung, über die Freiheit von Wirtschaftskrisen, von Arbeitslosigkeit, von Elend. Möglicherweise ist es Herrn Morrison unbekannt, daß alle diese Freiheiten in der Sowjetunion schon längst bestehen. Aber gerade diese Freiheiten sind ja die Grundlage aller anderen Freiheiten. Schweigt Herr Morrison nicht etwa deshalb verschämt über diese Grundfreiheiten, weil es diese Freiheiten in England leider nicht gibt und die englischen Arbeiter sich nach wie vor unter dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung befinden, obwohl in England schon seit Jahren die Labour-Partei an der Macht ist?

Labour-Regierung gleicht einer bürgerlichen

Herr Morrison behauptet, daß die Labour-Regierung eine sozialistische Regierung sei, daß den unter der Kontrolle einer solchen Regierung erfolgen-

den Rundfunksendungen von sowjetischer Seite keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten. Leider können wir Herrn Morrison nicht beipflichten. In der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Labour-Partei hätte man denken können, die Labour-Regierung werde den Weg des Sozialismus beschreiten. In der Folge zeigte es sich jedoch, daß die Labour-Regierung sich kaum von einer beliebigen bürgerlichen Regierung unterscheidet, die bestrebt ist, das kapitalistische System zu erhalten und den Kapitalisten große Profite zu sichern.

In der Tat steigen in England die Profite der Kapitalisten von Jahr zu Jahr. Für die Arbeiter aber wird der Lohnstopp beibehalten. Dieses arbeiterfeindliche Ausbeuterregime verteidigt die Labour-Regierung mit allen Mitteln, bis zur Verfolgung und Verhaftung von Werktätigen. Kann man eine derartige Regierung sozialistisch nennen?

Man hätte annehmen können, daß mit dem Machtantritt der Labour-Partei die kapitalistische Ausbeutung liquidiert werden würde, daß Maßnahmen zur systematischen Herabsetzung der Preise für Massenbedarfsartikel getroffen werden würden, daß die materielle Lage der Werktätigen grundlegend verbessert werden würde. Statt dessen erlebt man in England ein Ansteigen der Profite der Kapitalisten, einen Lohnstopp für die Werktätigen, Preissteigerungen für Massenbedarfsartikel und so weiter. Nein, eine solche Politik können wir nicht sozialistisch nennen.

Was die englischen Rundfunksendungen für die Sowjetunion (die Sendungen der BBC) anbetrifft, so zielen diese bekanntlich in den meisten Fällen darauf hin, die Feinde des Sowjetvolkes in ihrem Bestreben zu ermuntern, die kapitalistische Ausbeutung wiederherzustellen. Es ist begreiflich, daß die Sowjets keine derartige volksfeindliche Propaganda, die zudem eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR darstellt, unterstützen können.

Die einzige Volkspartei

Herr Morrison behauptet, die Sowjetmacht in der UdSSR bilde ein Machtmonopol, da sie die Macht nur einer Partei, der kommunistischen, gewähre. Wollte man so urteilen, könnte man zu dem Schluß gelangen, daß auch die Labour-Regierung ein Regierungsmonopol darstelle, da sie nur einer Partei, der Labour-Partei, die Macht gewähre.

Doch nicht darum geht es; entscheidend ist, daß die Kommunistische Partei in der Sowjetunion erstens nicht isoliert handelt, sondern in einem Block mit den Parteilosen, und daß sich zweitens in der historischen Entwicklung der UdSSR die Partei der Kommunisten als die einzige antikapitalistische, die einzige Volkspartei erwies.

Im Laufe der letzten 50 Jahre haben die Völker der Sowjetunion alle Hauptparteien, die in Rußland bestanden, an ihren Taten erprobt: die Partei der Großgrundbesitzer (die schwarze Hundert), die Partei der Kapitalisten (die Kadetten), die Partei der Menschewiki (Rechts„sozialisten“), die Partei der Sozialrevolutionäre (Verteidiger der Kulaken) und die Partei der Kommunisten. Die Völker unseres Landes haben im Verlaufe der revolutionären Ereignisse in der UdSSR allen bürgerlichen Parteien einen Fußtritt versetzt und sich für die Partei der Kommunisten entschieden, weil sie der Ansicht sind, daß diese Partei die einzige ist, die gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten kämpft. Das ist eine historische Tatsache. Es ist begreiflich, daß die Völker der UdSSR die kampferprobte Kommunistische Partei vollauf

unterstützen. Was kann Herr Morrison dieser historischen Tatsache entgegenstellen? Meint Herr Morrison etwa, es sei geraten, um einer fragwürdigen Oppositionsspielerei willen das Rad der Geschichte zurückdrehen und diese längst dahingegangenen Parteien wiederaufstehen zu lassen?

Warum lehnt Labour-Regierung Fünfmächtefriedenspakt ab?

Herr Morrison behauptet, die Labour-Regierung trete für die Erhaltung des Friedens ein und bedrohe die Sowjetunion in keiner Weise. Der Nordatlantiktakt sei ein Defensivbündnis und kein Aggressionspakt, und wenn England den Weg des Wettrüstens beschritten habe, so nur deshalb, weil es dazu gezwungen sei, da die Sowjetunion ihre Armee nach dem zweiten Weltkrieg unzureichend demobilisiert habe.

Alle diese Behauptungen Morrisons enthalten auch nicht ein einziges Körnchen Wahrheit. Wenn die Labour-Regierung tatsächlich für die Erhaltung des Friedens eintritt, warum lehnt sie dann einen Fünfmächtefriedenspakt ab? Warum nimmt sie gegen eine Einschränkung der Rüstung aller Großmächte Stellung? Warum spricht sie sich gegen das Verbot der Atomwaffe aus? Warum verfolgt sie Menschen, die für die Erhaltung des Friedens kämpfen? Warum verbietet sie nicht die Kriegspropaganda in England?

Herr Morrison möchte, daß man ihm aufs Wort glaube, aber die Sowjetmenschen können niemanden auf das bloße Wort hin glauben, sie verlangen Taten und keine Worte.

Haltlos sind auch Herrn Morrisons Behauptungen, daß die Sowjetunion ihre Armee nach dem zweiten Weltkrieg ungenügend demobilisiert habe. Von der Sowjetregierung wurde bereits offiziell erklärt, daß sie 32 Jahrgänge demobilisiert hat, daß die sowjetische Armee gegenwärtig etwa die gleiche Stärke besitzt wie in der Friedensperiode vor dem zweiten Weltkrieg, daß die Armeen der Engländer und der Amerikaner dagegen doppelt so stark wie vor dem zweiten Weltkrieg sind. Diesen unwiderlegbaren Tatsachen werden nach wie vor aus der Luft gegriffene Behauptungen entgegengehalten.

Vielleicht hat Herr Morrison den Wunsch, daß die UdSSR keine zur Verteidigung ausreichende Armee besitze? Eine Armee stellt immer eine große Belastung des Staatshaushaltes dar, und die Sowjetmenschen wären gern zur Abschaffung der regulären Armee bereit, wenn nicht von außen her Gefahren drohten. Die Erfahrung der Jahre 1918 bis 1920, als Engländer, Amerikaner und Franzosen (gemeinsam mit den Japanern) die Sowjetunion überfielen und die Ukraine, den Kaukasus, Mittelasien, den Fernen Osten und das Gebiet von Archangelsk von der UdSSR loszureißen suchten und unser Land drei Jahre lang peinigten — diese Erfahrung lehrt uns, daß die UdSSR eine reguläre Armee von einer bestimmten Mindeststärke besitzen muß, um ihre Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Landräubern zu behaupten.

Lehren der Geschichte

Es gibt in der Geschichte kein einziges Beispiel für einen Ueberfall der Russen auf das Territorium Englands. Aber die Geschichte kennt eine ganze Reihe von Fällen, in denen die Engländer russisches Gebiet überfallen und an sich gerissen haben.

Herr Morrison behauptet, die Russen hätten in der deutschen Frage und in der Frage des Wiederaufbaus Europas eine Zusammenarbeit mit den Engländern abgelehnt. Das ist eine pure Unwahrheit. Herr Morrison wird wohl

kaum selber glauben, was er gesagt hat. In Wirklichkeit haben bekanntlich nicht die Russen eine Zusammenarbeit abgelehnt, sondern die Engländer und die Amerikaner, weil sie wußten, daß die Russen eine Wiederaufrichtung des Faschismus in Deutschland und die Verwandlung Westdeutschlands in einen Aggressionsstützpunkt nicht mitmachen würden.

Was die Zusammenarbeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas anbetrifft, so hat die UdSSR eine solche Zusammenarbeit nicht nur nicht abgelehnt, sondern im Gegenteil selbst Vorschläge gemacht, sie auf den Grundlagen der Gleichberechtigung und der Achtung der Souveränität der europäischen Länder zu verwirklichen, ohne irgendein Diktat von außen her, ohne das Diktat der Vereinigten Staaten von Amerika, ohne Knechtung der Länder Europas durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Ebenso haltlos sind die Behauptungen Herrn Morrisons, daß die Kommunisten in den volksdemokratischen Ländern durch Gewalt zur Macht gekommen seien, daß sich das Kominform damit beschäftige, Gewaltaktionen zu-propagieren. Nur Leute, die sich das Ziel gesetzt haben, Lügen über die Kommunisten in die Welt zu setzen, können sich zu derartigen Behauptungen versteigen. Tatsächlich sind die Kommunisten in den volksdemokratischen Ländern bekanntlich durch allgemeine Wahlen an die Macht gekommen. Natürlich haben die Völker dieser Länder die Ausbeuter und Agenten jeder Art der ausländischen Spionagedienste davongejagt. Aber das ist nun einmal der Wille des Volkes. Volkes Stimme, Gottes Stimme.

Hinsichtlich des Kominform können nur Menschen, die jedes Gefühl für Maß verloren haben, behaupten, daß das Kominform sich mit der Propagierung von Gewaltakten befasse. Die Literatur des Kominform wurde und wird veröffentlicht. Sie ist allgemein bekannt. Sie widerlegt restlos alle gegen die Kommunisten gerichteten Verleumdungen.

Methode der Feinde des Kommunismus: GEWALT

Ueberhaupt muß gesagt werden, daß die Methode der Gewaltanwendung und der Durchführung von Gewaltaktionen nicht zu den Methoden der Kommunisten gehört. Im Gegenteil. Die Geschichte zeigt, daß gerade die Feinde des Kommunismus und die verschiedenen Sorten von Agenten des ausländischen Spionagedienstes die Methode der Gewalt und der Gewaltakte praktizieren. Um Beispiele dafür braucht man nicht verlegen zu sein. Es ist noch nicht lange her, da wurden kurz nacheinander der persische Ministerpräsident, der Ministerpräsident des Libanon und der König Jordaniens ermordet. Alle diese Morde wurden begangen, um das Regime in diesen Ländern gewaltsam zu ändern. Wer hat sie ermordet? Etwa Kommunisten, Anhänger des Kominform? Ist es nicht lächerlich, eine solche Frage zu stellen? Vielleicht kann Herr Morrison als einer, der besser informiert ist, uns dabei helfen, in dieser Angelegenheit klarzusehen?

Herr Morrison behauptet, der Nordatlantikpakt sei ein Defensivbündnis. Mit ihm würden keine aggressiven Ziele verfolgt, er richte sich im Gegenteil gegen eine Aggression.

Wenn das stimmt, warum haben dann die Initiatoren dieses Paktes nicht der Sowjetunion vorgeschlagen, diesem Pakt beizutreten? Warum haben sie sich von der Sowjetunion isoliert? Warum haben sie diesen Pakt insgeheim hinter dem Rücken der Sowjetunion abgeschlossen? Hat die Sowjetunion vielleicht nicht bewiesen, daß sie gegen eine Aggression zu kämpfen vermag und zu kämpfen weiß, beispielsweise gegen die Hitleraggression und die japanische Aggression? Hat die Sowjetunion etwa schlechter gegen die

Aggression gekämpft als — sagen wir — Norwegen, das Teilnehmer des Paktes ist? Womit erklärt sich dieser erstaunliche Widerspruch, um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen? Wenn der Nordatlantikpakt ein Verteidigungsbündnis ist, warum haben sich dann die Engländer und die Amerikaner nicht mit dem Vorschlag der Sowjetunion einverstanden erklärt, den Charakter dieses Paktes im Außenministerrat zu erörtern?

Die Sowjetregierung hat bekanntlich vorgeschlagen, im Außenministerrat auch alle Pakte zu erörtern, die von ihr mit anderen Ländern abgeschlossen worden sind. Warum fürchten denn die Engländer und die Amerikaner, die Wahrheit über diesen Pakt zu sagen, und warum weigerten sie sich, den Nordatlantikpakt einer Erörterung zu unterziehen? Nicht vielleicht deshalb, weil der Nordatlantikpakt Klauseln über eine Aggression gegen die Sowjetunion enthält und die Urheber des Paktes sich genötigt sehen, das vor der Öffentlichkeit zu verbergen? Hat sich nicht vielleicht aus diesem Grunde die Labour-Regierung damit einverstanden erklärt, England in einen Luftstützpunkt der USA für einen Ueberfall auf die Sowjetunion zu verwandeln? Das ist der Grund, weshalb die Sowjetmenschen den Nordatlantikpakt als einen aggressiven, gegen die UdSSR gerichteten Pakt betrachten.

Bluttaten der Interventionen in Korea sind alles andere als Verteidigung

Besonders anschaulich erkennt man dies an den Aggressionshandlungen der herrschenden anglo-amerikanischen Kreise in Korea. Seit mehr als einem Jahr schon peinigen die anglo-amerikanischen Truppen das freiheitsliebende und friedliche Volk Koreas, zerstören die koreanischen Dörfer und Städte, morden sie Frauen, Kinder und Greise. Kann man diese Bluttaten der anglo-amerikanischen Truppen etwa Verteidigung nennen? Wer vermag zu behaupten, daß die britischen Truppen in Korea England gegen das koreanische Volk verteidigen? Wäre es nicht aufrichtiger, diese Akte als militärische Aggression zu bezeichnen?

Möge Herr Morrison doch nur einen einzigen Sowjetsoldaten zeigen, der seine Waffe gegen irgendein friedliches Volk gerichtet hätte. Einen solchen Soldaten gibt es nicht! Und dann soll Herr Morrison doch einmal eine Erklärung dafür geben, warum die britischen Soldaten in Korea friedliche Einwohner umbringen! Und wozu stirbt der britische Soldat selber fern der Heimat auf fremder Erde? Da liegen die Gründe dafür, daß die Sowjetmenschen die heutigen anglo-amerikanischen Politiker als Brandstifter eines neuen Weltkrieges betrachten.

Lieber Leser!

Der Inhalt dieser Antwort an Mr. Morrison zeigt Ihnen, daß die anglo-amerikanischen Kriegstreiber alle Kräfte anstrengen, um einen neuen Krieg auf deutschem Boden zu entfesseln. Vergessen Sie nicht, daß ein solcher Vernichtungskrieg, der gegen die friedliebenden Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien gerichtet ist, auch das Leben Ihrer Familie vernichten würde.

Helfen Sie deshalb mit all Ihren Kräften die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindern. Reihen Sie sich ein in die große Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951. Geben Sie freudig Ihr „JA“ für die Volksbefragung und überzeugen Sie Ihre Bekannten und Freunde von der Notwendigkeit, das gleiche zu tun!

Gestatten Sie uns noch einige Bemerkungen dazu:

Ist es nicht die Regierung des Herrn Morrison, die den Gegnern der Rüstungspolitik in seinem Lande keine Räumlichkeiten für ihre Kundgebungen und Versammlungen zur Verfügung stellt?

War es nicht die Regierung des Herrn Morrison, die den 2. Weltfriedenskongreß in Sheffield verbot, der dann mit großzügigster Unterstützung der Regierung der Volksrepublik Polen in Warschau stattfand?

War es nicht die Regierung des Herrn Morrison, die den britischen Jugendlichen aller Weltanschauungen und Konfessionen den Weg zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für den Frieden in Berlin, erschwerte, ja unmöglich zu machen drohte?

Sind es nicht die Vertreter der Regierung des Herrn Morrison, die in Westdeutschland alles tun, um unsere Heimat durch die Wiederaufrüstung in ein Schlachtfeld und schließlich in verbrannte Erde verwandeln wollen?

Jawohl — wir stimmen der „Prawda“ zu — wenn Herr Morrison es wirklich ehrlich meint — dann muß er seinen Worten auch Taten folgen lassen. Davon haben aber weder das englische Volk, noch die Völker der englischen Kolonien, noch die westdeutsche Bevölkerung bisher etwas gespürt.

Um die ganze Niederlage Herrn Morrisons, mit seinem gescheiterten Versuch, die Sowjet-Union in den Augen der Völker der Welt herabzusetzen, aufzuzeigen, wollen wir noch eine britische Zeitung zu Wort kommen lassen. Die absolut unverdächtige britische konservative Zeitung „Daily Mail“ muß Morrisons Niederlage zugeben, wenn sie schreibt:

„Das Trojanische Pferd, das Morrison in den Kreml zu bringen glaubte, erwies sich als ein wildes, ungezügelteres Tier, das ihm selbst und uns allen heftige Schläge versetzte. Wir hoffen, daß Morrison seine Absicht, einen weiteren „Prawda“-Artikel zu schreiben, nicht verwirklichen wird.“

Wieder einmal haben sich die Kriegstreiber selbst entlarvt — wieder einmal wurden sie von den Freunden des Friedens der Lüge und Verleumdung überführt.

Ein altes Sprichwort sagt: Jeder blamiert sich, so gut er kann. Wir wissen nicht, ob dieses Sprichwort auch in den USA bekannt ist. Jedenfalls haben Herr Truman und der USA-Senat trotz der Niederlage, die sich Herr Morrison holte, es unternommen, ebenfalls einen Brief an den Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR, sowie an den Obersten Sowjet der UdSSR, zu senden.

Auch sie erhielten eine Antwort.

Da auch diese Antwort in den westlichen Zeitungen nicht veröffentlicht wurde, gestatten wir uns, Ihnen dieselbe nun auf diesem Wege zur Kenntnis zu bringen.

Vorweg wollen wir Sie aber noch mit einigen Aussprüchen führender amerikanischer und sowjetischer Politiker vertraut machen. Wir glauben, dann werden Sie selbst sich schon ein annäherndes Bild über die Ehrlichkeit der Erklärungen machen können.

George F. Kennan, der einflußreichste Beamte des amerikanischen Außenministeriums, geistiger Urheber des Marshall-Planes und stärkster Wortführer im „Kalten Krieg“, sagte im Mai 1945:

„Sie jubeln . . . sie glauben, der Krieg sei zu Ende. Der Krieg fängt eben erst an.“

Präsident Truman in einer Sonderbotschaft an den Kongreß am 26. Juli 1949:

„Ich empfehle, daß wir England, Frankreich, Belgien, Holland Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Italien, Griechenland, Türkei, Korea, Iran und den Philippinen drei Arten von Unterstützung gewähren:

1. Hilfe in Form von begrenzten Dollarbeträgen, durch die sie befähigt werden, ihre eigene Rüstungsproduktion zu erhöhen.
2. direkte Lieferung wichtiger militärischer Ausrüstungsgegenstände.
3. Hilfe von Fachleuten bei der Herstellung wie bei der Verwendung militärischer Ausrüstungen und Entsendung von Ausbildungspersonal.“

Mr. Clarence Cannon, Präsident des Finanzausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, erklärte am 13. April 1949:

„Wir müssen Moskau und alle anderen russischen Städte in der ersten Woche nach Beginn des Konfliktes zerstören, mit Hilfe von Flugzeugen, die ihre Stützpunkte auf dem Kontinent haben. Dank der Unterzeichnung des Atlantikpaktes haben wir diese Stützpunkte.“

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Johnson am 27. 10. 1949:

„Wir verfügen jetzt über Düsen- und Raketenflugzeuge und können in einigen Wochen, wenn nicht sogar in Tagen oder Stunden, Vernichtung über die zivilisierte Welt aussäen.“

Das Mitglied des USA-Repräsentantenhauses, der Abgeordnete Poage, schlägt vor, 25 deutsche Söldnerdivisionen aufzustellen. Poage schreibt in einem Anhang zum Kongreßbericht Anfang November 1949:

„Ich weiß, daß die Aufstellung der von mir vorgeschlagenen Formationen zahllosen jungen Amerikanern das Leben retten wird. Was also heißt, daß die Jugend es dafür lassen soll.

Wir werden alle Brücken zerstören. Wir werden alle Schächte ersäufen. Wir werden in Belgien und Nordfrankreich alle Fabrikschornsteine vom Erdboden tilgen. Wir werden alles zerstören, was die Kommunisten verwenden können.“

Und schließlich wollen wir noch einmal den ehemaligen USA-Verteidigungsminister — Herrn George Marshall hören. Das „Rhein-Echo“ vom 28. Juli 1951 teilt mit:

„Der amerikanische Verteidigungsminister George Marshall erklärte am Freitag vor dem Unterhaus, Europa stelle zur Verteidigung des Westens die Menschen, während die Vereinigten Staaten die finanziellen Mittel zur Verfügung stellten. Er bat jedoch darum, diese Bemerkung nicht in den offiziellen Bericht aufzunehmen. (!)

Der demokratische Senator Gillette stellte hierzu fest, daß eine solche Erklärung keinen guten Eindruck im Ausland erwecken werde.“

Kann man offener aussprechen mit welchen Mitteln und wie man die friedliebende Menschheit in einen neuen Krieg und damit in grenzenloses Elend stürzen will?

Man muß schon den letzten Funken von Menschlichkeit verloren haben, wenn man solche Erklärungen abgeben kann, wie die eben aufgezeigten. Urteilen Sie selbst einmal ernsthaft darüber!

Und nun gestatten Sie uns — Sie mit einigen Erklärungen führender Politiker der Sowjetunion vertraut zu machen.

Dies sind Erklärungen von Menschen, die an der Spitze eines Landes stehen, in welchem das Volk über sein Schicksal bestimmt, in dem die schaffenden Menschen alle und jegliche Freiheit genießen. Eines Landes, welches nur ein Ziel kennt: so schnell wie möglich die Lebensverhältnisse der Menschen

so zu gestalten, daß jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann — und daß deshalb nur einen einzigen Wunsch besitzen kann, den Frieden mit allen Mitteln zu erhalten und zu festigen.

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrates der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in einer Unterhaltung mit dem Dekan von Canterbury am 20. November 1947:

„Rußland will keinen Krieg, es wünscht freundschaftliche Beziehungen zum Westen.“

Andrej Wyschinskij, Außenminister der Regierung der UdSSR vor dem politischen Ausschuß der Vereinten Nationen am 14. November 1949:

„Die Vorbereitungen eines neuen Krieges, die in verschiedenen Ländern, besonders in den USA. und Großbritannien betrieben werden, sind zu verurteilen.“

Und aus der gleichen Rede folgender Vorschlag:

„Es ist wünschenswert, daß die fünf Mächte — die USA., Großbritannien, China, Frankreich und die UdSSR — ihre Anstrengungen zur Abwehr der Gefahr eines neuen Krieges vereinigen und miteinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen.“

M. A. Suslow, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Ende November 1949:

„Zugleich begrüßen alle Anhänger des Friedens aufs herzlichste die Tatsache, daß die Sowjet-Regierung ihrer Friedenspolitik treu ist und trotz des Besitzes der Atomwaffe auf ihrer alten Position des unbedingten Verbots jeder Anwendung der Atomwaffe verbleibt.“

Und hören Sie noch einmal den sowjetischen Außenminister Andrej Wyschinskij in seiner Rede vor dem politischen Ausschuß der Vereinten Nationen am 16. November 1949:

„Wir tragen mittels der Atomenergie Berge ab, bewässern Wüsten, und bahnen uns einen Weg durch Urwälder. Wir überwinden alle Arten von Hindernissen und tragen die Zivilisation in Gegenden, wo seit tausenden von Jahren kein Mensch seinen Fuß hingestellt hat.“

M. A. Suslow, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Ende November 1949:

„Die Außenpolitik der Sowjet-Regierung geht in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten von der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens des sozialistischen und des kapitalistischen Systems sowie ihrer friedlichen Zusammenarbeit aus. Genosse Stalin formulierte diese Politik bereits 1934 mit aller Präzision und Bestimmtheit folgendermaßen: „Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern.“

Auf der Pariser Konferenz der Außenminister am 11. Juni 1949 unterbreitete der sowjetische Außenminister Wyschinskij folgenden Vorschlag:

„1. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion legen dem Außenministerrat innerhalb von drei Monaten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vor.

2. Der Entwurf jedes dieser Verträge hat den Abzug der Besatzungstruppen aller Besatzungsmächte innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Friedensvertrages vorzusehen.“

In seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“ stellte der

große Freund aller friedliebenden Menschen; J. W. Stalin, fest:

„Es ist verständlich, daß, wenn die Sowjetunion die Friedensindustrie nicht einschränkt, sondern im Gegenteil erweitert, wenn sie den Bau neuer, grandioser Wasserkraftwerke und Bewässerungssysteme nicht stilllegt, sondern im Gegenteil entfaltet, wenn sie die Politik der Preissenkung nicht einstellt, sondern im Gegenteil fortsetzt, sie damit nicht gleichzeitig ihre Kriegsindustrie aufblähen und ihre Streitkräfte vergrößern kann, ohne dabei zu riskieren, daß der Bankrott eintritt.“

In dem gleichen Interview erklärt Stalin:

„Deshalb ist jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung. Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch weiterhin unbeirrbar eine Politik der Verhinderung des Krieges und der Erhaltung des Friedens verfolgen.“

Diese Stimmen sind den Kriegstreibern verhaßt. Diese Stimmen wollen sie totschweigen — sie unseren Menschen nicht zugänglich machen, denn sie wissen, wie sehr die Worte der führenden sowjetischen Politiker den Wünschen der ganzen friedliebenden Menschheit entsprechen.

Die Kriegstreiber fürchten eine sachliche Auseinandersetzung mit den Vertretern der friedliebenden Welt. Sie wissen, daß sie ihnen nichts entgegenstellen können außer Drohungen und Verleumdungen.

Daher in der Vergangenheit und Gegenwart eine so groß angelegte Hetze gegen die friedliebende Sowjetunion, gegen die Kommunisten.

Eines werden auch sie nach ernsthaften Ueberlegungen feststellen müssen: Immer wenn die Kriegstreiber etwas mit ihren eigenen Völkern vorhaben, immer wenn sie ihre Angriffsabsichten steigern, steigern sie die Hetze gegen dieses Land der Arbeiter und Bauern.

Deshalb sagen wir mit Recht — und die Vergangenheit hat uns das eindringlich gelehrt —: Immer und überall wo die Hetze gegen die Sowjetunion auftritt, erheben die Kriegstreiber ihr Haupt.

Immer wenn die Kriegstreiber gegen die Sowjetunion hetzen, bereiten sie einen neuen Anschlag auf das eigene Volk vor.

Die größten Verbrechen wurden unter der Flagge des Antisowjetismus vorbereitet und durchgeführt.

Hören Sie bitte darüber noch die Ausführungen eines Mannes, der den Mut hatte, die Wahrheit zu sagen.

Der amerikanische Senator Thomas schrieb im September 1945 in der Zeitschrift „Readers Scope“ unter der Überschrift „Antibolschewismus — die größte aller Lügen“ u. a. folgendes:

„Die Amerikaner müssen die schreckliche Losung in Erinnerung halten, unter der Dachau gedieh, auf der die größte aller Lügen geschrieben stand, nämlich, daß all das getan werde, um die Welt vor dem Bolschewismus zu retten . . .

Der einfache Menschenverstand wirft die Frage auf, warum denn zur Rettung der Welt vor dem Bolschewismus solche Mittel erforderlich waren wie Mord, Vernichtung, Folter und Hunger, Kindermord, Ausrottung unschuldiger Juden, deutscher, tschechischer und polnischer Gelehrter und Professoren. Die Antwort ist recht einfach: die Hitlerfaschisten mußten die hitlerfeindliche Opposition niederhalten,

um zu verhindern, daß anständige Leute die Wahrheit erfahren, da diese sich sonst zusammengetan hätten, um den Hitlerismus und die von ihm erfundene antibolschewistische Lüge zu ersticken. Die verblendeten Nazis, die sich als Weltbeherrscher wähnten, glaubten, die Toten würden schweigen, aber sie haben sich geirrt . . ."

Heute wollen die amerikanischen Imperialisten der Welt weismachen, sie müßten das Potsdamer Abkommen brechen, sie müßten den aggressiven deutschen Imperialismus wieder bewaffnen, weil ihr „Kampf gegen die bolschewistische Gefahr“ dies erfordere. Ebenso wollen die amerikanischen Imperialisten der Welt weismachen, sie müßten in Korea Städte und Dörfer, Tempel und Fabriken verbrennen und dem Erdboden gleichmachen, sie müßten morden, sengen und plündern, Kinder, Frauen und Greise umbringen, weil ihr „Kampf gegen die bolschewistische Gefahr“ dies erfordere. Und wenn ihnen die friedliebenden Menschen nicht in den Arm fallen, dann würden sie morgen dieselben Untaten auch in Deutschland, Frankreich oder Italien begehen — immer mit der verlogenen Begründung, die schon Hitler für alle seine Untaten zur Hand hatte, daß nämlich ihr „Kampf gegen den Bolschewismus“ dies erfordere. Die Imperialisten irren sich jedoch! Die Völker der Welt — auch das deutsche Volk, werden dies nie mehr zulassen!

Weil wir das nie mehr zulassen wollen, haben wir die Pflicht, unseren Menschen die Wahrheit zu sagen.

Deshalb geben wir Ihnen nun den Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der USA. und dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, sowie dem Kongreß der USA. und dem Obersten Sowjet der UdSSR, zur Kenntnis.

Der Wortlaut der Botschaft Trumans und Schwerniks und der Resolutionen des USA-Kongresses sowie des Obersten Sowjets der UdSSR.

Die Botschaft des USA-Präsidenten Truman

Euer Exzellenz! Ich habe die Ehre, Ihnen die vom Kongreß der Vereinigten Staaten angenommene Resolution zu übermitteln, mit der Bitte, daß ihr Inhalt von Ihrer Regierung dem Volk der Sowjetunion zur Kenntnis gebracht wird.

Diese Resolution ist der Ausdruck der Freundschaft und des guten Willens des amerikanischen Volkes gegenüber allen Völkern der Welt und betont aufs neue den tiefen Wunsch der amerikanischen Regierung, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.

Als Haupt der Exekutivgewalt der Vereinigten Staaten billige ich diese Resolution aufrichtig. Ich füge ihr meine eigene Botschaft an das Sowjetvolk hinzu in der aufrichtigen Hoffnung, daß die in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Gefühle dazu beitragen werden, ein besseres Verständnis der Ziele und Absichten der Vereinigten Staaten herbeizuführen. Die beklagenswerten Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, daß die offiziellen diplomatischen Verhandlungen zwischen Staaten in hohem Maße unfruchtbar sein werden, solange es Schranken für den freundschaftlichen Austausch von Ideen und Informationen zwischen den Völkern geben wird. Die beste Hoffnung auf den Frieden in aller Welt besteht in dem Streben

nach Frieden und Brüderlichkeit, das zutiefst im Herzen eines jeden Menschen verborgen ist. Jedoch können Völker, denen die normalen Wege des Verkehrs miteinander vorenthalten sind, ein derartiges gegenseitiges Verständnis, das die Grundlage für Vertrauen und Freundschaft schaffen wird, nicht erreichen. Wir werden niemals die Verdachts- und Furchtgefühle als potentielle Kriegsursachen beseitigen können, solange ein umfassender und offener Verkehr über die internationalen Grenzen nicht gestattet ist. Die Völker unserer beiden Länder kennen aus eigener Erfahrung die Schrecken und Leiden des Krieges. Sie verabscheuen den Gedanken an einen zukünftigen Krieg, der, wie Sie wissen, mit Hilfe der schrecklichsten Waffen der Geschichte der Menschheit geführt werden wird. Unsere heilige Pflicht als Häupter ihrer Regierungen ist es, alle ehrenhaften Mittel zu verwenden, die zur Verwirklichung der gemeinsamen Friedenssehnsucht der Völker führen können. Der Frieden ist am sichersten in den Händen des Volkes, und wir können dieses Ziel am besten erreichen, wenn wir alles Mögliche tun, um den Frieden in die Hände des Volkes zu legen. Ich glaube, daß es keinen Krieg geben wird, wenn wir das Sowjetvolk mit den friedlichen Zielen des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierung bekannt machen.

Ich bin überzeugt, daß Sie den Wortlaut dieser Resolution, die vom amerikanischen Kongreß angenommen wurde, dem sowjetischen Volk zu übermitteln wünschen.

Harry Truman

Gemeinsame Resolution des Senats und des Repräsentantenhauses der USA.

Da ein gerechter und dauerhafter Frieden gegenwärtig, wie auch stets das Ziel des amerikanischen Volkes ist, da es der sehnlichste Wunsch unseres Volkes ist, sich mit allen anderen Völkern zur Wahrung der Würde des Menschen und jener moralischen Grundsätze zusammenzuschließen, die allein seinem Dasein einen Sinn geben, da die Vereinigten Staaten als Beweis hierfür den Vorschlag machten, alle durch die Atomenergie ermöglichten Wohltaten zu teilen und hierfür lediglich eine Garantie gegen das Böse forderten, das sie verursachen könnte, da der Kongreß erneut seine Politik bekräftigt, die in dem Gesetz zum Ausdruck kommt, das zum Ziel hat, „weiterhin alle Kräfte bis zum Äußersten anzuspannen, um den Vereinten Nationen durch Abkommen die Gestellung von Streitkräften zu sichern, wie sie in der Charta vorgesehen ist, sowie Abkommen über eine allgemeine Kontrolle der Massenvernichtungswaffen und eine allgemeine Regelung und Herabsetzung der Rüstungen einschließlich der Streitkräfte herbeizuführen, bei entsprechenden Garantien zum Schutz der Länder, die diese Vereinbarung einhalten, gegen diejenigen, die sie verletzen oder zu umgehen versuchen“; da unser Land seine Reichtümer und Hilfsquellen zur Unterstützung der vom Kriege ruinierten und ins Elend gestürzten Völker zur Verfügung stellte, da die entsetzliche Gefahr, die alle freien Völker bedroht, die Vereinigten Staaten dazu zwingt, ein umfangreiches Rüstungsprogramm zu verwirklichen, da wir ferner ungern wiederaufrüsten und es vorziehen würden, unsere Energie für friedliche Zwecke zu verwenden, hat das Repräsentantenhaus mit Einverständnis

nis des Senats beschlossen, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten die historische und immerwährende Freundschaft zu allen Völkern bekräftigt und erklärt, daß das amerikanische Volk zutiefst das Bestehen künstlicher Schranken bedauert, die es von den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken trennen und die den Sowjetvölkern nicht die Möglichkeit geben, den Wunsch des amerikanischen Volkes zu erfahren, in Freundschaft mit allen anderen Völkern zu leben und mit ihnen für die Entwicklung der Ideale der Brüderlichkeit der gesamten Menschheit zusammenzuarbeiten, daß das amerikanische Volk der Ansicht ist, die Sowjetregierung könnte die Sache des Friedens durch die Beseitigung dieser künstlichen Schranken fördern, womit sie gleichzeitig den freien Austausch von Informationen zwischen unseren Völkern ermöglichen würde; daß das amerikanische Volk und seine Regierung weder einen Krieg mit der Sowjetunion noch die entsetzlichen Folgen eines solchen Krieges wollen; daß das amerikanische Volk, wenn auch fest entschlossen, seine Freiheit und Sicherheit zu verteidigen, alle ehrlichen Bemühungen begrüßt, die auf die Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Sowjetregierung abzielen, und die Völker der Sowjetunion auffordert, im Geiste der Freundschaft an diesen Bestrebungen mitzuwirken, und daß der Kongreß den Präsidenten der Vereinigten Staaten ersucht, sich an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Aufforderung zu wenden, den Völkern der Sowjetunion den Inhalt dieser Resolution zur Kenntnis zu bringen.

✱

Antwort des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. M. Schwernik, an den Präsidenten der USA, Herrn Trumann

Euer Exzellenz! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Botschaft vom 7. Juli 1951 und der beigelegten Resolution des Kongresses der USA, zu bestätigen und Ihnen die Resolution des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu übermitteln.

Diese Resolution bringt die Gefühle der aufrichtigen Freundschaft der Völker der Sowjetunion zu den Völkern der ganzen Welt zum Ausdruck. In dieser Resolution kommt zum Ausdruck, daß das Sowjetvolk eins ist in seinem Streben, einen dauerhaften Frieden herzustellen und die Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen.

Das Sowjetvolk hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß das amerikanische Volk ebenfalls keinen Krieg will. Jedoch weiß das Sowjetvolk sehr wohl, daß es in einigen Staaten Kräfte gibt, die danach streben, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, in dem bestimmte Kreise eine Quelle ihrer Bereicherung erblicken.

Die Völker der Sowjetunion sind der Ansicht, daß es keinen Krieg geben wird, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen und den Frieden bis zum Äußersten verteidigen werden, indem sie die Umtriebe der Kräfte entlarven, die am Kriege interessiert sind und bestrebt sind, die Völker in einen neuen Krieg zu verwickeln. Ich teile Ihre Ansicht, daß in den Herzen der meisten Menschen das Streben nach Frieden und Brüderlichkeit lebt. Deshalb müssen Regierungen, die nicht nur in Worten, sondern durch die Tat die Erhaltung des Friedens

anstreben, die Friedensbestrebungen ihrer Völker mit allen Mitteln unterstützen.

Die Sowjetregierung setzt sich auf jede Weise dafür ein, daß die Anstrengungen der für den Frieden kämpfenden Sowjetmenschen sich mit den Anstrengungen der Völker anderer Länder vereinen. Sie empfängt die Friedensboten eines jeden beliebigen Landes mit herzlicher Gastfreundschaft und fördert nach Kräften den Kontakt der Sowjetmenschen mit den Völkern anderer Länder, ohne irgendwelche Schranken aufzurichten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Annäherung zwischen den Völkern, von der in Ihrer Botschaft die Rede ist, die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und Verbindungen zwischen den Völkern auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Voraussetzung hat. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß der wichtigste Schritt auf diesem Wege die Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Sowjetunion seitens der amerikanischen Behörden sein muß.

Es ist Pflicht aller friedliebenden Völker, unbeirrbar eine Politik der Abwendung des Krieges und der Erhaltung des Friedens zu führen, kein Wettüben zuzulassen, die Beschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe bei gleichzeitiger Einführung einer Kontrolle über die Durchführung eines solchen Verbotes durchzusetzen und den Abschluß eines Paktes der fünf Mächte zur Festigung des Friedens zu unterstützen.

Der Abschluß eines solchen Paktes wäre von außerordentlicher Bedeutung für die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Festigung des Friedens zwischen den Völkern. Ein solcher Pakt würde die Zuversicht aller Völker in die Erhaltung des Friedens stärken und gleichzeitig die Möglichkeit geben, die Rüstungen einzuschränken und die Last der in ihrer ganzen Schwere auf den Schultern der Völker ruhenden militärischen Ausgaben zu erleichtern.

Bei der Durchführung solcher Maßnahmen wird das amerikanische Volk immer die volle Sympathie des Sowjetvolkes finden, das unbeirrbar für die Sache des Friedens eintritt.

Ich hoffe, daß der Wortlaut der Resolution des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR dem amerikanischen Volk zur Kenntnis gebracht wird.

Ich benutze die Gelegenheit, Sie zu bitten, dem amerikanischen Volk meine Grüße und die besten Wünsche der Völker der Sowjetunion zu übermitteln.
Moskau, 6. August 1951.

Nicolai Schwernik

Vorsitzender des Präsidiums der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

✱

Resolution des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

Nach Kenntnisnahme der gemeinsamen Resolution des Senats und des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika, die am 7. Juli dieses Jahres zusammen mit einer Botschaft des Präsidenten der USA., Herrn Truman übergeben wurde, erachtet das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das die Arbeit der beiden Kammern — des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets — des Obersten Sowjets der UdSSR vereinigt, es als notwendig, folgendes zu erklären:

1. Dem Friedenswillen der Völker der Sowjetunion Ausdruck gebend, befolgt die Sowjetregierung unabänderlich eine Politik der Festigung des Friedens und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten.

Das Fundament dieser Politik wurde durch das am 8. November 1917, unmittelbar nach der Bildung des Sowjetstaates, vom Zweiten Sowjetkongreß beschlossene Dekret über den Frieden gelegt. Seit jener Zeit ist die Außenpolitik der Sowjetunion unverändert auf die Festigung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern gerichtet.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als die Kräfte der Aggressoren durch die gemeinsamen Anstrengungen der Verbündeten zerschlagen und die aggressiven Staaten entwaffnet waren, wurde eine internationale Organisation für die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung neuer Aggressionen gebildet, wurden die Voraussetzungen für die Errichtung eines dauerhaften Friedens geschaffen. Es ist bekannt, daß die Sowjetregierung in der Sache der Festigung der internationalen Sicherheit die Initiative ergriff, indem sie die allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorschlug, wobei das Verbot der Herstellung und Verwendung von Atomenergie für militärische Zwecke als die Hauptaufgabe bezeichnet wurde. **Die Sowjetregierung hat konsequent die Sache des Friedens vertreten und die unerschütterliche Entschlossenheit der Völker zur Abwendung der Gefahr eines neuen Krieges zum Ausdruck gebracht, als sie zweimal den Vorschlag einbrachte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion ihre Anstrengungen vereinigen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu garantieren, und daß sie untereinander einen Friedenspakt abschließen.**

Die Initiative der Sowjetregierung wurde von den friedliebenden Völkern der ganzen Welt auf das wärmste unterstützt und gebilligt. **Das Sowjetvolk kann nicht verstehen, auf Grund welcher friedliebender Motive die Regierung der USA bis heute den Vorschlag der Sowjetregierung auf Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Mächten ablehnt.**

Nach der Entstehung des kriegerischen Konfliktes in Korea und der offenen bewaffneten Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Korea hat die Sowjetunion wiederholt eine friedliche Regelung des koreanischen Konfliktes vorgeschlagen. In letzter Zeit trat die Sowjetunion erneut mit dem Vorschlag hervor, das Blutvergießen in Korea zu beenden, der dann auch zu den Verhandlungen über einen Waffenstillstand und die Beendigung der Kampfhandlungen in Korea führte.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion findet die volle und rückhaltlose Unterstützung der Völker des Sowjetlandes, in dem keine an der Entfesselung eines Krieges interessierten Klassen und Gruppen bestehen. Die Sowjetunion hegt keinerlei aggressive Pläne, sie bedroht kein Land und kein Volk. Die Streitkräfte der Sowjetunion führen nirgends Krieg und nehmen an keinerlei Kampfhandlungen teil. Die Völker der Sowjetunion geben sich ganz den Aufgaben des friedlichen Aufbaues hin. Der Sowjetstaat baut neue großartige Wasserkraftwerke und Bêwässerungsanlagen und schafft die Voraussetzungen für eine ständige Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung des Landes.

2. In der Resolution des Senats und des Repräsentantenhauses der USA wird erklärt, daß das amerikanische Volk zutiefst das Vorhandensein „künstlicher Schranken“ bedauert, die es von den Völkern der Sowjetunion trennen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR muß dazu feststellen, daß die Außenpolitik der Sowjetunion der Annäherung zwischen dem Sowjetvolke und dem amerikanischen Volke wie auch anderen Völkern keine Hindernisse in den Weg legt und keine Schranken gegen die Herstellung von Geschäfts-, Handels- und Freundschaftsbeziehungen zwischen ihnen aufrichtet.

Das gleiche kann man jedoch nicht von der Außenpolitik sagen, die die Regierungsorgane der Vereinigten Staaten von Amerika verfolgen. Davon zeugen nicht nur solche Tatsachen, wie die systematische Ablehnung der Einreise sowjetischer Kulturschaffender seitens der amerikanischen Behörden und sogar ihre Ausweisung ungeachtet der bereits vorher ordnungsgemäß erteilten Einreisegenehmigungen, sondern auch eine Reihe anderer diskriminierender Maßnahmen der USA-Regierung gegenüber der Sowjetunion. Das wird zum Beispiel durch folgende Tatsachen bestätigt:

a) Im Dezember 1949 gaben die amerikanischen Einwanderungsbehörden auf den Jungfern-Inseln ohne jeden Anlaß eine Verfügung heraus, die den Besatzungen zweier sowjetischer Fischdampfer, „Trepang“ und „Perlmutter“, die in St. Thomas zu einer geringfügigen Ueberholung und Trinkwasseraufnahme eingelaufen waren, das Betreten des Landes verbot.

b) Im Juli 1950 nahmen die amerikanischen Hafenbehörden von Baltimore eine Durchsuchung des sowjetischen Dampfers „Krasnodar“ vor, wobei entgegen allen allgemeingültigen internationalen Gepflogenheiten die Polizeienten nach der Durchsuchung bis zum Auslaufen des Dampfers an Bord blieben.

c) Am 18. März 1948 beschlagnahmten amerikanische Behörden willkürlich das in New York eingelaufene sowjetische Schiff „Rossija“, Staatseigentum der Sowjetunion, unter Berufung auf eine gerichtliche Klage von irgendwelchen zwei Fahrgästen dieses Dampfers.

d) Im März 1949 forderten die Einwanderungsbehörden in New York die am Kongreß der Kultur- und Geisteswissenschaftler der USA zum Schutze des Friedens teilnehmenden sowjetischen Vertreter auf, die Vereinigten Staaten innerhalb einer Woche zu verlassen, bei Androhung administrativer Maßnahmen im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung.

e) Im Oktober 1950 wurden in New York auf dem Flugplatz zwei diplomatische Kuriere festgenommen, obgleich ihre Pässe amerikanische diplomatische Visa aufwiesen.

f) Im März 1951 erließ das Handelsministerium eine Anordnung über die Annullierung der Lizenz für den Export wissenschaftlicher und technischer Literatur in der Sowjetunion.

g) Während der letzten Tage finden vor dem Gebäude der Vertretung der UdSSR bei der Organisation der Vereinten Nationen in New York unter Duldung der Polizei Zusammenrottungen von Rowdys statt, die die normale Arbeit der Vertretung stören und die persönliche Sicherheit ihrer Mitarbeiter bedrohen. Am 2. August wurde der Erste Sekretär der Vertretung A. S. Poljanski, der diplomatische Immunität genießt, beim Verlassen des Gebäudes im Beisein der Polizei von Rowdys überfallen, die ihm Stockhiebe auf den Kopf versetzten.

h) Am 23. Juni dieses Jahres, kurz vor der Absendung der Resolution des Kongresses der USA durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Schwernik, setzte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika das im Jahre 1937 zwischen der UdSSR und den USA abgeschlossene Handelsabkommen außer Kraft.

i) Am 2. Juni dieses Jahres nahm der Kongreß ein Gesetz an, daß von den Ländern, die die sogenannte Wirtschafts- und Finanzhilfe der USA erhalten, unter Androhung der Einstellung dieser Hilfeleistungen die faktische Einstellung des Handels mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie forderte. Die im Zusammenhang mit diesem Gesetz am 7. Juni dieses Jahres veröffentlichten Verbotslisten umfassen fast alle Waren des internationalen Handels.

k) Am 2. August, bereits nach der Botschaft des Kongresses der USA an den Obersten Sowjet der UdSSR, nahm das Repräsentantenhaus ein neues Gesetz an, in dem unter dem Vorwand, die Lieferung strategischer Waren nicht zuzulassen, Maßnahmen vorgesehen sind, die auf die Einstellung des Handels mit der Sowjetunion und den mit der Sowjetunion befreundeten Ländern abzielen.

Die oben angeführten diskriminierenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Handels führten dazu, daß der Warenaustausch zwischen der UdSSR und den USA im Laufe der letzten fünf Jahre seit 1946 auf weniger als ein Sechstel, also auf ein Minimum zurückging.

Somit zeugen alle diese Maßnahmen davon, daß seitens der Regierungsorgane der Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf die UdSSR eine Diskriminierungspolitik verfolgt wird, und künstliche Schranken geschaffen werden, die den freien Verkehr zwischen dem Sowjetvolk und dem amerikanischen Volk behindern und unsere Länder voneinander trennen.

Es erhebt sich die berechnete Frage, wie die obenangeführten Handlungen der amerikanischen Behörden mit der in der Resolution des Kongresses der USA enthaltenen Erklärung über die Notwendigkeit, die Schranken in den Beziehungen zwischen den Völkern der beiden Länder zu beseitigen, zu vereinbaren sind.

Das Sowjetvolk hegt keinen Zweifel daran, daß das amerikanische Volk wie auch alle anderen Völker keinen Krieg will. Jedoch werden, wie die Geschichte lehrt, die Fragen des Friedens und des Krieges nicht immer von den Völkern entschieden. Erklärungen zahlreicher verantwortlicher Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sowie Erklärungen von Mitgliedern des USA-Kongresses enthalten direkte Aufforderungen zur Entfesselung eines Angriffskrieges gegen die Völker der UdSSR und zur Anwendung von Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung.

Erklärungen dieser Art, die im Gegensatz nicht nur zu den Interessen des Friedens, sondern auch zu den elementarsten Postulaten menschlicher Moral stehen, müßten seitens des Kongresses der USA. verurteilt werden.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika war Initiator des nordatlantischen Militärbündnisses, das sich offensichtlich gegen die UdSSR richtet. Sie schuf ein dichtes Netz militärischer Stützpunkte auf fremden Gebieten, die in der Nähe der Grenzen der UdSSR liegen, sie führt unter Verletzung der übernommenen Verpflichtungen die Remilitarisierung Westdeutschlands durch und läßt den japanischen Militarismus wiedererstehen. Gleichzeitig wird in den Vereinigten Staaten von Amerika ein gigantisches Rüstungsprogramm realisiert.

Die Regierung der USA hat ständig alle Vorschläge der Sowjetregierung, die auf die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit abzielen, zurückgewiesen. So wurde bis jetzt noch keine Einigung über den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten, über das Verbot der Atomwaffe und über die Errichtung einer Kontrolle der Ein-

haltung dieses Verbots sowie über die Herabsetzung der Rüstungen und der Streitkräfte erzielt. In der Resolution des Kongresses ist die Rede davon, daß jetzt ein Weg für die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke gefunden worden ist. Indessen unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß die Atomenergie nur nach Verbot der Atomwaffe tatsächlich für friedliche Zwecke zum Wohle der Völker verwendet werden kann.

Das Sowjetvolk überzeugt sich tagtäglich davon, daß die Politik und die Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den Worten ihrer Deklarationen über die Erhaltung des Friedens wie auch mit den friedlichen Bestrebungen des amerikanischen Volkes nicht übereinstimmen und die Voraussetzungen für eine weitere Verschlechterung der Beziehungen mit der Sowjetunion schaffen, obwohl den Vereinigten Staaten nach wie vor keine Gefahr seitens der Sowjetunion drohte und droht.

4. Der Aufruf des Kongresses der Vereinigten Staaten an das Sowjetvolk und seine Aufforderung, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu festigen, kann selbstverständlich nur begrüßt werden. Jedoch können die Worte der Botschaft mit der Aufforderung, die Besserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und die Festigung des internationalen Friedens zu fördern, nur dann ein positives Resultat zeitigen, wenn die Taten der Regierung der USA und die Politik und die Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht zu dieser Botschaft in Widerspruch stehen.

Da jedoch der Kongreß der USA erklärt, daß er nach einem Weg zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion sucht, kann er versichert sein, daß solche Bestrebungen des Kongresses den friedlichen Bestrebungen des Sowjetvolkes und der Friedenspolitik der Sowjetunion entgegenkommen. Das Präsidium des Obersten Sowjets ist der Ansicht, daß ein ernsthafter Schritt auf diesem Wege die Beseitigung der Diskriminierung der Sowjetunion auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen sein könnte, die die normalen Beziehungen zwischen unseren Ländern stört.

Ein noch wichtigerer Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern und zur Festigung des Völkerfriedens könnte der Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten sein, dem sich auch andere Staaten, die die Festigung des Friedens anstreben, anschließen könnten.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zweifelt nicht daran, daß alle Völker, die die Wahrung des Friedens anstreben, den Abschluß eines solchen Paktes mit der größten Genugtuung aufnehmen würden. Das Präsidium des Obersten Sowjets bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika dem amerikanischen Volk diese Resolution zur Kenntnis bringen wird.

6. August 1951.

Sie haben nun die Dokumente gelesen.

Urteilen Sie selbst über die Ehrlichkeit und wirkliche Beweisführung in den einzelnen Dokumenten.

Sie werden sicherlich folgendes festgestellt haben:

1. Die Erklärung des Präsidenten der USA, Truman, stellt nichts anderes dar, als eine ohne Beweisführung zusammengestellte Reihe von Behauptungen, die die Aufgabe haben, die Sowjetvölker und ihre Regierung zu verleum-

den, ja zu beleidigen, sie in den Augen der Völker der Welt herabzusetzen. Dies ist dem USA-Präsidenten nicht gelungen.

2 Sie werden die Erklärung des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Schwernik, beurteilen müssen als eine Antwort, die getragen ist von dem ehrlichen Wunsche nach Frieden und Zusammenarbeit aller Völker. Als eine schlagkräftige, überzeugende Beweisführung für die Haltlosigkeit der Anschuldigungen des USA-Präsidenten. Keine Behauptung des USA-Präsidenten hielt der Argumentation Schwerniks stand.

3. Zu der gleichen Schlußfolgerung werden Sie gekommen sein über den Briefwechsel zwischen dem USA-Kongreß und dem Obersten Sowjet der UdSSR.

Der Versuch, die Sowjet-Union zu verunglimpfen, sie in den Augen der friedliebenden Völker zu diffamieren und zu verleumden, ist kläglich zusammengebrochen.

So werden alle Lügen der Kriegstreiber zusammenbrechen, wenn wir uns die Freiheit nehmen, auf ihre Lügen zu antworten.

Und wir werden antworten — immer und überall.

Die ehrlichen, und von hohem Verantwortungsbewußtsein gegenüber den einfachen Menschen getragenen Erklärungen der Sowjet-Regierung haben das Ansehen der Regierung dieses ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der ganzen Welt um ein beträchtliches gehoben.

So ist aus dem Versuch, der Sowjet-Union — dem Hort des Friedens — eine Niederlage zu bereiten, ein glänzender Sieg des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus geworden.

Und St a l i n hat recht und wird recht behalten, wenn er sagt:

Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum Äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegshetzern gelingt, die Volksmassen durch Lügen irre zu führen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.

Appr

00020008-7

RIEDEN

*wollen
alle
guten
Menschen*

Approve

0008-7

Frieden -

sichere Zukunft für alle Menschen, Leben in Glück, Wohlstand und Freude!

Krieg -

„Bombenverbände haben die Städte Bremen und Hannover völlig zerstört.“

(Aus einem Manöverbericht der Atlantik-Truppen in Westdeutschland vom 19. 9. 1951.)

Das ist heute noch Übung und kann morgen schon grausame Wirklichkeit werden!

Das ist das Schicksal, welches die in- und ausländischen Kriegstreiber dem deutschen Volk zugedacht haben!

Sie reden vom Frieden und organisieren den Krieg.

Um das deutsche Volk noch einmal in einen Krieg und damit in seinen sicheren Untergang zu führen, belügen sie das deutsche Volk und verleumden die Sowjetunion.

Sie hetzen gegen die Sowjetunion -
und zerreißen unser Vaterland!

Sie hetzen gegen die Sowjetunion -
und nehmen unseren Bauern das Land!

Sie hetzen gegen die Sowjetunion -
und nehmen unsere Kohle!

Sie hetzen gegen die Sowjetunion -
und wollen uns in das Verderben eines neuen Krieges führen!

Deutscher!

Die Antisowjethetze richtet sich gegen Dich selbst!

Die Sowjetunion verlangt wie Du:

den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland!

Die Sowjetunion verlangt wie Du:

den Abzug aller Besatzungstruppen!

Die Sowjetunion verlangt wie Du:

den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten!

Die Sowjetunion verlangt wie Du:

die Wiederherstellung der nationalen Einheit unseres Vaterlandes!

So unterstützt die Sowjetunion die wirklichen nationalen Forderungen unseres Volkes!

Macht Schluß mit der Antisowjethetze!

Antisowjethetze ist Kriegshetze!

Der Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an das deutsche Volk zeigt uns den Ausweg:

1. Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen demokratischen friedliebenden Deutschland.
2. Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland.

Wir sagen mit Otto Grotewohl:

„Das deutsche Volk will nicht eine Nation von Selbstmördern sein! Darum muß es endgültig den Weg der Feindschaft gegen die Sowjetunion verlassen und eine aufrichtige und enge Freundschaft mit dem Sowjetvolke anstreben!“



Herausgegeben vom Präsidium der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft